



Sonderausgabe

FIGU ZEITZEICHEN



Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse

Erscheinungsweise:
sporadisch

Internetz: <http://www.figu.org>
E-Brief: info@figu.org

9. Jahrgang
Nr. 93 Nov./3 2023

Organ für freie, politisch unabhängige Berichterstattungen zum Weltgeschehen, kommentarlose, neutrale und meinungslose Weitergabe von Zeitungsberichten.

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine «Meinungs- und Informationsfreiheit» vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.



Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen sowie Ideologien jeder Art in Abhandlungen, Artikeln und in Leserzuschriften usw. müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit der «Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens», wie auch nicht in irgendeiner Sachweise oder Sichtweise mit dem Missionsgut und dem Habitus der FIGU verbindend sein.

=====

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

Auf vielfach geäusserten Wunsch aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus neuest geführten Kontaktgesprächsberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte sowie neue Fakten betreffs weltweit bösartig mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführte Kontroversen.

Unabhängige News und Infos

uncut-news.ch, November 9. 2023

COVID-Arzt an vorderster Front sagt, es gebe jetzt «schlüssige Beweise» für die Ausscheidung und Übertragung von mRNA-Impfstoffen.



Dr. Pierre Kory. YouTube Screenshot

Die «alarmierenden und herzzerreissenden» Abstoßungsreaktionen bei nicht geimpften Patienten entsprechen denen, die durch die COVID-Impfung selbst hervorgerufen werden, so Dr. Pierre Kory.

Nach Ansicht eines bekannten Vordenkers der frühen COVID-19-Behandlung gibt es «schlüssige Beweise» dafür, dass ein «klinisch signifikantes Shedding» der mRNA-Impfstoffe von den Geimpften zu den Ungeimpften tatsächlich eine Realität ist.

Dr. Pierre Kory, Mitbegründer und hartnäckiger Verfechter des Einsatzes des «Wundermittels» Ivermectin zur Behandlung von COVID-19, hat eine achteilige Serie über das «Shedding» veröffentlicht, ein medizinisches Phänomen, das von der Food and Drug Administration wie folgt definiert wird:

Die Freisetzung von viralen oder bakteriellen Gentherapieprodukten aus dem Patienten über einen oder alle der folgenden Wege: Fäkalien (Stuhl), Sekrete (Urin, Speichel, Nasen-Rachen-Flüssigkeit usw.) oder über die Haut (Pusteln, Läsionen, Wunden).

Der Intensivmediziner aus Wisconsin fügte hinzu, die FDA habe «vergessen, die ausgeatmete Luft zu erwähnen», um die Liste der möglichen Übertragungswege für den Impfstoff zu vervollständigen.

Sein neuester Artikel in der Serie bezieht sich auf 32 Beispiele von unbearbeiteter Korrespondenz, die er von einigen seiner 70'000 Substack-Leser erhalten hat und die «frühere Episoden von plötzlich auftretenden Impfstoff-Nebenwirkungen nach Kontakt mit geimpften Personen» beschreiben.

Kory erinnert den Leser daran: «Denken Sie daran, dass der Plural von Anekdoten ... Daten sind», und wie er im ersten Teil dieser Serie schrieb, haben diese Möglichkeiten «Auswirkungen auf fast jeden Menschen, der auf der Erde wandelt, geimpft oder ungeimpft (mich eingeschlossen)».

Der Präsident und Chief Medical Officer der Front Line COVID-19 Critical Care Alliance (FLCCC) bemerkte unter den vielen verschiedenen Erfahrungen mit diesen unerwünschten Ereignissen aufgrund von Abstoßungsreaktionen die «Konsistenz und Ähnlichkeit der klinischen Anekdoten, die von Menschen berichtet werden, die einander nicht kennen und keine Experten für Impfschadenssyndrome/-symptome sind».

«Ich denke, dass die Gesamtheit der Beiträge ein schlüssiger Beweis dafür ist, dass eine klinisch signifikante Elimination stattfindet», schloss er.

Als Arzt, der Impfstoffschäden durch COVID-19 mRNA-Nanopartikel-Impfstoffe untersucht, beurteilt und behandelt hat, bezeichnete Kory diese Ausscheidungsereignisse als «alarmierend und herzzerreissend», da in einigen Berichten «Menschen intensive chronische Leiden beschreiben, die durch ein Ausscheidungsereignis ausgelöst wurden», das dem Leiden einiger seiner klinischen Patienten ähnelt, die selbst durch COVID-Impfstoffinjektionen geschädigt wurden.

Die vielleicht häufigste dieser Nebenwirkungen ist die Störung der Menstruation bei Frauen, schreibt Kory. Dazu gehörten «Dinge wie das Ausbleiben, Unregelmässigkeiten, Schwere oder «Seltsamkeit» des Blutflusses mit seltsam aussehenden Klumpen». Mindestens elf der «spontanen Beschreibungen» in seinem Artikel beziehen sich auf diese Läsionen.

Beispiele sind:

Ich bin seit 1998 in der Menopause und hatte gelegentliche und seltene Schmierblutungen, aber vor einem Monat waren sie viel stärker und es passierte direkt nachdem ich in der Nähe eines Servicemannes in meinem Haus war. 2 Tage später war es weg. Ich hatte sogar diese verdammt Krämpfe, die ich vorher selten hatte. Wir waren nie geimpft, aber im Juli 2021, nachdem ich in der Nähe meiner Schwiegereltern war, die kürzlich geimpft worden waren, bekam ich Blutungen wie nie zuvor in meinem Leben. Und plötzlich reagierte ich auf alles allergisch. Das dauerte bis März dieses Jahres.

Ich begann zu bluten, nachdem ich mit vielen kürzlich geimpften Menschen in Kontakt gekommen war, und entwickelte Tumore. Shedding ist real, und ich glaube, sie wussten genau, was sie taten.

Innerhalb weniger Stunden nach einem intimen persönlichen Kontakt mit einer doppelt Moderna Geimpften wurde mein Tinnitus immer schlimmer. Etwa drei Wochen später hatte ich zwei Blutungen, die jeweils etwa 15 Minuten dauerten. Wie ein Fluss von Blut. Das hat mich geschockt. Etwa 2 Wochen später wurde ich aus den Wechseljahren geworfen, in denen ich seit 25 Jahren war ... Ich habe auch blaue Flecken an den Armen. Es wird immer schlimmer.

Weitere Fälle von Blutergüssen und Übertragung des Impfstoffs durch Schweiß und Haut:

Ich hatte eine kurze Beziehung mit einem Mann, der einige Monate zuvor geimpft worden war, und ich bekam seltsame, unerklärliche blaue Flecken, nachdem ich mit ihm zusammen war. Grosse blaue Flecken.

Ich war einer hohen Dosis wovon auch immer ausgesetzt, als ich drei Stunden in der Nähe eines Familienmitglieds verbrachte, das am Tag nach der Impfung stark schwitzte. Einige Tage später traten unerklärliche Blutergüsse an dem Bein auf, das diesem Familienmitglied am nächsten war. Es handelte sich um schmerzlose blaue Flecken, die nichts mit einer Verletzung zu tun hatten und seltsam geformt waren.

An der Stelle, an der ich jeden Abend den Arm meines Mannes mit dem L-Spritzer eincremte, entwickelte sich ein Ausschlag. Er schlängelte sich gegen den Uhrzeigersinn von meiner linken Flanke das Kreuzbein hinunter, die Wirbelsäule hinauf bis zum Schädel und breitete sich dann über den ganzen Rücken aus. Daraus entwickelten sich zwei schreckliche Krankheiten.

Ein kleines Kind, das durch die Injektion geschädigt wurde:

Ich bin seit der zweiten Pfizer-Spritze am 26.8.21 Impfgeschädigt, und meine damals vierjährige Tochter, bei der ich schlief, wurde so krank, dass ich sie etwa 10 Tage nach Beginn meiner sofortigen negativen Reaktion in die Notaufnahme bringen musste. Ich habe Fotos von dem Ausschlag in ihrem Gesicht und von ihr und mir im Krankenhaus. Sie hatte 39 Grad Fieber (das höchste Fieber ihres Lebens), war völlig schlaff und die Ärzte sagten, sie wüssten nicht, was es sei, aber sie sagten, es sei nur ein unbekannter Virus. Sie wurde nie wieder wirklich das gesunde kleine Mädchen, das sie vor der Impfung war.

Zu diesen spontanen Beschreibungen von Impfschäden gehört auch ein Todesfall, bei dem ein Mann, der Berichten zufolge sehr empfindlich auf Injektionen reagierte, mehrere Anfälle erlitt, nachdem er sich bei verschiedenen Gelegenheiten in der Nähe geimpfter Personen aufgehalten hatte. Nach einer Familienfeier zu Thanksgiving, bei der ein Freund der Familie am Tag zuvor seine fünfte Auffrischungsimpfung erhalten hatte, erlitt der Mann einen letzten Anfall und starb am nächsten Morgen.

Im fünften Teil seiner Serie ging Kory auf eine «beunruhigende» Studie ein, die eine starke Korrelation zwischen den mRNA-Impfquoten bei Erwachsenen und der überhöhten Sterblichkeit bei nicht geimpften Kindern sowohl in Europa als auch in den USA feststellte.

Mit Blick auf die vielfältigen Risiken der Ausscheidung erinnerte Kory auch an die landesweite Medienberichterstattung über eine Privatschule in Miami, Florida, die bereits im April 2021 «Lehrern und Schülern den Besuch der Schule für bis zu 30 Tage nach jeder [COVID-19]-Impfung» wegen der Möglichkeit einer Ausscheidung verboten hatte.

«Die von den Unternehmen kontrollierten Medien haben die Theorie hinter der Schulpolitik zu Tode geprügelt», erinnert er sich.

«Jetzt, da ich mich eingehend mit der Realität der COVID mRNA Gentherapie befasst habe, finde ich, dass die Politik der Schule in Miami wissenschaftlich viel fundierter und angemessener ist als jede COVID Politik, die jemals von unseren Bundesgesundheitsbehörden erlassen wurde», schliesst Kory.

Links zur vollständigen Serie:

“Shedding” Part 1 – Shedding of COVID mRNA Vaccine Components and Products From The Vaccinated to the Unvaccinated – Part 1

“Shedding” Part 2 – The Bio-Distribution and Excretion Potential of COVID mRNA Vaccine Products

“Shedding” Part 3 – Can You Absorb Lipid Nanoparticles From Being Exposed To a Vaccinated Person?

“Shedding” Part 4 – Evidence of Placental and Breast Milk Transmission of COVID mRNA Vaccine Components

“Shedding” Part 5 – Evidence of Shedding Causing Illness In Others

“Shedding” Part 6 – Clinical Case Notes Describing Shedding Phenomena Among Leading Edge Clinic Patients

“Shedding” Part 7 – Shedding Via Sexual Intercourse – Clinical Reports

“Shedding” Part 8 – A Deluge Of Clinical Shedding Anecdotes Pour In

Quelle: Frontline COVID doctor says there is now ‘conclusive evidence’ of mRNA vaccine shedding

Studie: Geimpfte Kinder sind bis zu dreimal länger ansteckend mit SARS-CoV-2 als ungeimpfte.

Die Autoren kommen jedoch durch einen statistischen Trick zu dem falschen Schluss, dass beide «gleich ansteckend» seien.

Veröffentlicht am 15. November 2023 von KD.

Die Autoren einer Studie, veröffentlicht in der Fachzeitschrift JAMA Pediatrics, kommen zu dem Schluss, dass «geimpfte» und «ungeimpfte» Kinder, die an «Covid» erkrankten, gleichermassen ansteckend seien. Genau so hätten, wie «The Defender» von Children’s Health Defense schreibt, auch Medien über die Studie berichtet. Dies sei jedoch irreführend. Denn die Daten zeigten in Wahrheit, dass geimpfte Kinder das Virus bis zu dreimal länger ausscheiden als ungeimpfte.

Die Irreführung sei durch die Anwendung eines «statistischen Tricks» erreicht worden, der die erheblichen Unterschiede bei der Virusausscheidung zwischen geimpften und ungeimpften Kindern verschleierte. Tatsächlich nämlich seien alle ungeimpften Kinder in der Studie am sechsten Tag «virusfrei» gewesen, während 10 von 52 geimpften Kindern (19 Prozent) für die Erreichung dieses Zustandes doppelt so lange gebraucht hätten. Drei Probanden (etwa 6 Prozent) seien am zehnten Tag immer noch «ansteckend» gewesen – und damit dreimal so lange wie der berichtete Medianwert.

Quelle: JAMA Pediatrics: Duration of SARS-CoV-2 Culturable Virus Shedding in Children - 23. Oktober 2023

Children's Health Defence: Study Data Showed Vaccinated Kids Shed COVID Up to 3 Times Longer Than Unvaxed — But Authors Concluded They Were ‘Equally Contagious’ - 6.November2023

Quelle: <https://transition-news.org/studie-geimpfte-kinder-scheiden-sars-cov-2-bis-zu-dreimal-langer-aus-als>



—“—

ICH STERBE.

LANGSAM, ABER UNAUFHALTSAM.
 ICH BIN ERSCHÖPFT UND HABE VIEL
 GEWICHT VERLOREN. DIE **EINZELHAFT**
 BRINGT MICH UM. ICH HABE NUR
 SPORADISCHEN KONTAKT ZUR AUSSENWELT.
ALLES, WAS ICH GETAN HABE,
 WAR **KRIEGSVERBRECHEN** ÖFFENTLICH
 ZU MACHEN. UM DER GESELLSCHAFT
 DIE AUGEN ÜBER **IHRE REGIERUNGEN**
 ZU ÖFFNEN. ICH STERBE. UND ICH
 BEFÜRCHTE, DIE **PRESSE-FREIHEIT** UND DIE
DEMOKRATIE WERDEN MIT MIR STERBEN.

—”—

JULIAN ASSANGE

• INVESTIGATIVER JOURNALIST UND GRÜNDER VON WIKILEAKS •

IN EINEM TELEFONGESPRÄCH MIT DEM JOURNALISTEN VAUGHAN SMITH.
 DEM EINZIGEN TELEFONANRUF, DER IHM AN WEIHNACHTEN 2019
 IM GEFÄNGNIS BELMARSH ERLAUBT WURDE.

Quelle: <https://www.anderweltonline.com/>

Ex-Polizeichef:

Es wird hier zu einer Art Aufruhr in den nächsten Jahren kommen

Hwludwig, Veröffentlicht am 17. November 2023

Ulf Küch, viele Jahre Polizeidirektor in Braunschweig, erhebt schwere Vorwürfe gegen die deutsche Migrationspolitik der offenen Grenzen. Sie sei vom politischen Unwillen geprägt, die Sicherheitsarchitektur Deutschlands zu erhalten. Es gehe von vermutlich eingewanderten islamischen Kämpfern eine wachsende Terrorgefahr aus. Und die Masse der Hamas-Unterstützer sei ja jetzt offenkundig geworden. Auch die hochkriminellen islamischen Clans entwickelten sich inzwischen zu gefährlichen politischen Organisationen. Die Polizei sei da hoffnungslos überfordert. Er werde mit Sicherheit in den nächsten Jahren zu einer Art Aufruhr kommen, wenn nicht politisch eine 180 Grad-Wende geschehe.



Ex-Polizeichef Ulf Küch (Tichys Einblick)

In einem Interview auf Epoch-Times mit Alexander Wallasch vom 25. Oktober 2023 1 nahm der erfahrene Ex-Polizeichef insbesondere zur terroristischen Gefährdungslage in Deutschland Stellung.

Terrorgefahr

«Im Gespräch», schreibt Alexander Wallasch, «zeichnet der Ex-Polizeichef die Chronologie einer Überforderung. Ulf Küch verweist dabei explizit auf den politischen Unwillen zum Erhalt der Sicherheitsarchitektur Deutschlands.»

Anfang 2016, als schon sein alarmierendes Buch «Soko Asyl» erschienen sei, sei die Terrorgefahr, wie sie jetzt zu beobachten sei, noch kein Thema gewesen. Gleichwohl hätten sie sich Gedanken gemacht, so der Polizist.

**«Ich habe das auch seinerzeit mal reklamiert,
bin dann aber mehr oder weniger politisch gebeten worden, die Klappe zu halten.»**

Natürlich hätten sie Sorge gehabt, dass in der Einreisemenge der Menschen damals, die überhaupt nicht registriert worden seien, auch welche dabei waren, die für Gräueltaten in Syrien und in anderen Ländern verantwortlich seien.

Da habe durchaus die Gefahr bestanden, dass schon Hamas-Kämpfer, solche vom Islamischen Staat oder irgendwelchen anderen Gruppen dabei gewesen seien. Das sei eine grosse Sorge gewesen, die aber von der Politik komplett ausgeblendet worden sei.

Schon 2015 hätte man von jedem an der Grenze einen Fingerabdruck nehmen können. Die Leute unregistriert einreisen zu lassen sei eine der grössten Eseleien gewesen.

«Wir sind zurückgepiffen worden, wir sollten das nicht! Dabei wäre es ganz einfach gewesen, jedem, der einreist, ganz egal, wie er sich genannt hat, die Fingerabdrücke abzunehmen und ein digitales Foto zu machen. Beides hätte man problemlos in die Systeme einstellen können. Dann kann der Betreffende hinterher sonst etwas erzählen, wer er sei, es hätte ihm nichts genutzt. Fingerabdrücke und Foto hätten belegt, dass diese Person am soundsovielten über Kiefersfelden nach Deutschland eingereist ist.

Aber das hat man nicht gewollt, das hat man politisch abgelehnt. Wir sind da abgemahnt worden. Ich musste damals sogar meine Sonderkommission umbenennen, die sollte nicht mehr «Soko Asyl» heissen.»

Das Bundeskriminalamt hätte schon in den Jahren seit 2008 darauf hingewiesen, dass da ein massives Problem entstehe. Aber auf die sei auch nicht gehört, sie seien ebenfalls politisch ignoriert worden.

Die Politik habe sich viel zu sehr in die Gewaltenteilung eingemischt, sprich in die Judikative und in die Exekutive. Da habe sie aber eigentlich nichts zu suchen. Die Polizei, der Polizeiführer, repräsentiere Recht und Gesetz und er sei Recht und Gesetz unterworfen. Und das sei bei der Justiz genauso. Da könne es nicht sein, dass ein Justizminister oder eine Innenministerin politische Weisungen erteile.

Er meint also Weisungen, die dazu führen, gegen das Gesetz zu handeln, dem alle unterworfen sind.

«Die Polizei ist sehr politisch geworden. Wer heute bei der Polizei noch eine Karriere machen will, der muss mit den Wölfen heulen. Sie haben ihren Auftrag verloren. Die politischen Parteien wirken an der Willensbildung des Volkes mit. Sie wirken mit, sie sind aber nicht der Wille des Volkes!»

Der Interviewer Alexander Wallasch, weist darauf hin, dass die Polizei während der Corona-Massnahmen kritik rigoros und oft mit übertriebener Härte gegen Demonstranten durchgegriffen habe. Bei den verbotenen Hamas-Demonstrationen entstehe dagegen eher der Eindruck einer grossen Zögerlichkeit. Werde da mit zweierlei Mass gemessen?

Ulf Küch:

«Hier erkennt man, dass eine massive politische Einflussnahme erfolgt, gerade bezogen auf Demonstration von Hamas-Unterstützern und Israel-Gegnern. Politisch ist das lanciert. Der jeweilige Polizeipräsident oder wahrscheinlich auch der Innenminister geben da eine klare Weisung raus. Das nennt sich dann «Einsatzleitlinien», und an diese Einsatzleitlinien hat der Polizeiführer sich zu halten.

Wenn er das nicht macht, bekommt er ein paar zwischen die Hörner. Insofern, wer an seiner Karriere hängt als junger Polizeiführer, der wird dann sagen: Na gut, dann machen wir es halt so.»

Kriminelle Clans werden politisch

Ulf Küch weist noch auf eine ganz andere grosse Gefahr hin. Er komme ja ursprünglich kriminalpolizeilich aus dem Bereich der Bekämpfung organisierter Kriminalität. Aber die habe sich immer weitestgehend aus der Politik herausgehalten. Doch jetzt hätten wir es mit einer Situation zu tun, dass die islamischen hochkriminellen Clans 2, vor denen die Polizei schon in den 80-er Jahren gewarnt habe, jetzt auch noch politisch werden.

«Und da wird's gefährlich. Hier ist die Polizei im Augenblick hoffnungslos überfordert. Auf der einen Seite müssen die Straftäter verfolgt werden – Stichwort der Einbruch im Grünen Gewölbe in Dresden – und die gleichen Leute schlagen sich nun auf die Seite der Hamas-Unterstützer, und die Antifa läuft da auch noch mit hinterher. Also das ist eine toxische Mischung, die kann man im Moment noch kaum richtig einschätzen, aber ich halte sie für hochexplosiv.»

Das mit den Clans habe sich ja im Zuge der Ghettoisierung der sogenannten Libanon-Flüchtlinge gebildet. Das seien die Familien, die man heute in den Ballungszentren habe. Die seien damals nach Bremen, Berlin, Duisburg und Köln gebracht worden, wo sie sich dann etabliert hätten.

Aber mittlerweile hätten sie sich ausgedehnt. Die ganze Problematik bestehe jetzt auch in kleineren Städten wie Salzgitter beispielsweise oder in anderen mittleren Kleinstädten. Die verstünden es auch sehr geschickt aufzuziehen: Auf der einen Seite mit den legalen Geschäften und auf der anderen Seite dann mit dem illegalen Zweig.

«Aber die grösste Brisanz im Augenblick sehe ich darin, dass sie sich voll auf die Seite der Israel-Gegner schlagen. Zuletzt haben sie vor dem Brandenburger Tor – das muss man sich mal vorstellen – eine Demonstration gemacht, auf die Polizei eingeschlagen, um sich anschliessend hinzuknien und zu ihrem Gott zu beten. Da hört es bei mir auf. Und ich verstehe auch die verantwortliche Politik nicht, die das zulässt und nicht dagegen einschreitet.»

Stimmung in der Bevölkerung

Auf die Frage, ob die Polizei die aktuellen Probleme überhaupt noch bewältigen könne, sagte er:

«Wir bräuchten dringend einen Paradigmenwechsel in der Politik.» Er lebe auf dem Land und sehe da, dass die Menschen überhaupt kein funktionierendes demokratisches System mehr erkennen könnten. **Es sei eine kritische Menge von Bürgern entstanden, welche keine Loyalität mehr zur Politik hat. Das Vertrauen sei weg.**

Er könne bestätigen, dass einige Menschen mittlerweile bestimmte innerstädtische Bereiche meiden. Da sagten die Leute aus dem Dorf ganz klar, da gingen sie nicht mehr hin, das wollten sie nicht, das sei nicht mehr ihr Gebiet, das passe ihnen hier nicht mehr.

«Und wenn wir dann in die Grossstädte gehen, Berlin oder Duisburg, da müssen wir nicht drüber reden, das sind doch ganze Stadtteile mit mehreren Hunderttausenden Menschen mittlerweile vollkommen losgelöst und die unterwerfen sich überhaupt nicht mehr dem deutschen Recht.»

Auf einen Grosseinsatz in Wolfenbüttel mit über 50 Einsatzkräften gegen randalierende Migranten in der Innenstadt angesprochen, wo man jetzt Jugendclubs ausserhalb aufbauen und Beschäftigungsmöglichkeiten anbieten wolle, antwortete er, solche Massnahmen halte er für schweren Unfug. Viele Migranten seien ja überhaupt nicht bereit, sich in unser System zu integrieren, unsere Rechte und unsere Gesetze anzuerkennen. Was solle man denen denn anbieten?

«Nein, das könnten wir nicht mehr einfangen, was wir in den letzten 20 Jahren hier verbockt haben.»

Es müsse jetzt mit der Faust auf den Tisch geschlagen werden. Es müssten Konsequenzen folgen. Denn wenn man sich danebenbenehme, und es habe keine Konsequenzen, und zwar in jederlei Hinsicht, dann ende das böse. Das sei doch wie mit Kleinkindern. «Wenn man zu meinem Kind sagt: Du gehst nicht an die Messerschublade, und es macht es doch, und ich sage: Na gut, dann eben, wie du magst. Da muss ich mich nicht wundern, wenn mir auf der Nase rumgetanzt wird.»

Es müsse nicht Gewalt sein, die da eingesetzt werde. Aber es gebe durchaus Möglichkeiten, diesen Leuten massiv auf die Füsse zu treten. Und man müsse auch darüber nachdenken, ob diese erschlichenen Staatsbürgerschaften, die da angeboten werden, nicht wieder aufgehoben werden, und dann müssten die ausgewiesen werden. Die Amerikaner machten das genauso.

Auf die Frage, warum sich seit 2015 nichts geändert habe, erwiderte er:

«Weil sich in der Politik nichts geändert hat. Man muss nur mal nach Berlin gucken. Wenn ich mir da diese Frau Faeser anschau oder diese anderen Lichtgestalten der Politik, ob das eine Frau Baerbock ist, die mit ihrer feministischen Aussenpolitik nicht einmal mehr in Liechtenstein empfangen wird, da müssen wir uns nicht wundern.

Wir sind in Europa die Lachnummer. Die lachen sich kaputt über uns. Die sagen, was ist denn mit den Deutschen los? Sind die noch ganz dicht? Aber es gibt mittlerweile auch welche, die haben grosse Sorgen, was hier in Deutschland passiert.

Wenn wir jetzt nicht als freiheitlich-demokratischer Staat mal auf dem Tisch schlagen und auch mal durchaus unpopuläre Massnahmen treffen, dann haben wir verloren, dann kippt unser System. Dann kann ich nicht voraussagen, wo die Sache hingeht.

Wir werden sicherlich kein islamischer Staat werden, aber es wird hier mit Sicherheit zu einer Art Aufruhr in den nächsten Jahren kommen, wenn da nicht politisch eine 180 Grad Wende kommt.» 3

Hintergründe

Er hält das Ganze aber nicht für politisch gewollt. Es sei durch Fahrlässigkeit und Dummheit entstanden, nicht erst seit 2015, sondern seit Anfang der 90er-Jahre. Da beginne das Ganze. Wie ein roter Faden ziehe sich das durch unsere Gesellschaft. Und selbst Altkanzler Helmut Schmidt, der x-mal interviewt worden sei, habe gesagt, es könne keine Identifizierung mit dem Islam in Deutschland geben. Schmidt habe sogar davor gewarnt und gesagt, man könne diese Kulturen nicht miteinander mischen.

Doch hier meine ich, dass der Ex-Polizeidirektor da nicht ganz durchblickt.

Es ist zwar richtig, dass die Einwanderung schon viel früher – ohne gesetzliche Grundlage – begonnen hat, sogar schon in den 1960er Jahren 4, und Fahrlässigkeit und Dummheit mögen bei einem Teil der verantwortlichen Politiker bestimmend gewesen sein. Aber führende links-grüne Politiker und Wissenschaftler haben schon früh die Verdünnung und Auflösung des angeblich faschistisch veranlagten deutschen Volkes durch den Zustrom Fremder gefordert. 5

Letztlich stehen hinter der Massenmigration nach Europa globale Organisationen wie UNO und EU, mit denen die deutschen Parteipolitiker willfährig zusammenarbeiten. 6 Und dahinter lenken schwarzmagische Geheimgesellschaften der angloamerikanischen Welt, die nicht ernst genug genommen werden, die Dinge aus tieferen entwicklungsfeindlichen Gründen. 7

Ich weiss, das ist viel verlinkte Literatur, die man nicht auf einmal lesen kann. Aber ich wollte auf den ganzen Umfang dieses Komplexes hinweisen, mit dem ich mich seit Jahren gründlich befasst habe.

Wir müssen aufwachen für die vollständigen Hintergründe, um richtig handeln zu können.

1 <https://www.epochtimes.de/politik/deutschland/terrorgefahr-ex-polizeichef-schlaegt-alarm-und-erhebt-schwere-vorwuerfe-gegen-migrationspolitik-a4456503.html>

2 Siehe näher: <https://fassadenkratzer.wordpress.com/2019/05/28/arabische-sippen-und-clans-archaische-elemente-einer-anti-freiheitlichen-kulturinvasion/>

3 Siehe dazu: <https://fassadenkratzer.wordpress.com/2018/06/21/buergerkriege-voraussehbar/>

4 <https://fassadenkratzer.wordpress.com/2018/06/01/verfassungsklage-gegen-regieren-nach-art-einer-raeuberbande/>
Quelle: <https://fassadenkratzer.wordpress.com/2023/11/17/ex-polizeichef-es-wird-hier-zu-einer-art-aufruhr-in-den-nachsten-jahren-kommen/#more-13212>



Ein Artikel von Éva Péli, 14. November 2023, um 10:00
Titelbild: Shutterstock/Juergen Nowak

In einem aktuellen Interview rechnet Harald Kujat, früherer Bundeswehr-Generalinspekteur und ehemaliger Vorsitzender des NATO-Militärausschusses, hart mit der westlichen Politik im Ukraine-Konflikt ab. Seine Kritik gilt insbesondere der bundesdeutschen Politik. Aus seiner Sicht hätte der Krieg in der Ukraine verhindert und nach seinem Ausbruch schnell beendet werden können.
Von Éva Péli.

«Es gibt die einen, die den Krieg wollen, es gibt die anderen, die den Krieg nicht verhindern wollen. Und es gibt diejenigen, die den Krieg nicht verhindern können. Jetzt können Sie sich selbst aussuchen, wer zu welcher Kategorie gehört.»

So fasst der ehemalige Vorsitzende des NATO-Militärausschusses, General a. D. Harald Kujat, in einem am 5. November veröffentlichten Interview mit dem Fachportal für Finanzkapitalanalyse HKCM zusammen, warum der Krieg in der Ukraine trotz riesiger Verluste weitergeht. Kujat war unter anderem Generalinspekteur der Bundeswehr.

Sein Gesprächspartner, HKCM-Mitgeschäftsführer Philip Hopf, verweist auf die in den letzten Jahren einseitig gewordene Berichterstattung und die oftmals empfindlichen Reaktionen, wenn eine konträre Stimme erscheint. Er kritisiert die Politiker, «die den Nimbus hatten, für den Frieden zu stehen und jetzt voll in die Eskalation reingehen, während sie gleichzeitig nicht das Hintergrundwissen haben, um das überhaupt einschätzen zu können, was das eigentlich bedeutet».

Fanatismus statt Politik

Kujat, einst ranghöchster Soldat Deutschlands, sieht das Problem darin, «dass wir Menschen in der Politik haben, die aus mangelnder Kompetenz, aber auch aus Ignoranz heraus diese Politik seit dem letzten Regierungswechsel betreiben». Ihn haben die Reaktionen und die Einstellung von Teilen der Politik und Gesellschaft zum Krieg in der Ukraine nicht überrascht. Eher hat ihn diese Entwicklung enttäuscht: «Vor allen Dingen der Fanatismus, mit dem diese Politik betrieben wird, mit Scheuklappen, ohne nach links und rechts zu schauen.» Diese Politik nimmt aus seiner Sicht keine Rücksicht auf das Wohlergehen der eigenen Bevölkerung und lässt ausser Acht, welche Konsequenzen sie für die ukrainische Bevölkerung hat, die unter diesem Krieg leidet. All das werde mit dem Satz verbrämt: Die Ukraine muss gewinnen. «Das ist keine Politik. Das ist Fanatismus.»

Damit wird laut dem Ex-General alles über Bord geworfen, «was wir aus unserer Geschichte gelernt und in den letzten Jahrzehnten aus dieser Erfahrung heraus in unserer Aussen- und Sicherheitspolitik angewendet haben». Diese Politik ist unverantwortlich, so Kujat.

Er ist davon überzeugt, dass der Krieg in der Ukraine hätte verhindert werden können. Er erinnert an das «sehr massive, sehr fordernde» Papier der russischen Regierung am 17. Dezember 2021 an die Vereinigten Staaten und an die NATO. Im Kern ist es darum gegangen, auf Entwicklungen einzugehen, die aus russischer Sicht den Frieden gefährdeten. Der Westen beziehungsweise einige NATO-Staaten waren laut Kujat nicht bereit, darüber zu sprechen. «Hätte man das getan, hätte man zumindest den Versuch unternommen, den Krieg zu verhindern.» Selbst das sei ja nicht mit der nötigen Ernsthaftigkeit geschehen, kritisiert er.

Nicht gewollter Frieden

Der Krieg hätte auch nach gut sechs Wochen beendet werden können, erklärt Kujat weiter und weist auf die vom türkischen Präsidenten initiierten Verhandlungen Anfang April 2022 hin, «die ein sehr gutes Ergebnis erzielt haben». Der Vertrag sei aber auf Druck des Westens nicht unterschrieben worden. Das sei der Ursprung aller Entwicklungen: Die vielen Toten danach auf der ukrainischen Seite, aber auch die Zerstörung des Landes, sagt Kujat, der in seiner Dienstzeit auch Vorsitzender der NATO-Ukraine-Kommission war.

Im Augenblick bietet sich wieder eine Chance, die beiden Kontrahenten an den Verhandlungstisch zu bringen, erklärt Kujat, da die wetterbedingte Schlamperperiode in der Ukraine einsetzt. Dadurch wird der Krieg gerade entschleunigt, bis voraussichtlich Anfang Dezember wird es nicht möglich sein, mit mechanisierten Kräften einzugreifen. «Aber die Entscheidung dafür fällt nicht in Kiew, sondern die muss in Washington fallen.» Es gibt aus seiner Sicht überhaupt keinen Zweifel daran, dass die Ablehnung immer vom Westen erfolgt, teilweise auch von der Ukraine, da der ukrainische Präsident Wolodymyr Selensky Anfang Oktober 2022 per Dekret sich selbst und seiner Regierung Verhandlungen mit Russland untersagte.

Russlands Präsident Wladimir Putin habe dagegen mehrmals gesagt, dass er jederzeit zu Verhandlungen bereit sei. Beispielsweise am 17. Juni, als die afrikanische Friedensdelegation in Russland war, habe er auch gesagt, dass er jederzeit bereit sei, mit jedem zu verhandeln, der bereit ist, gerechte Verhandlungen zu führen und die beidseitigen Sicherheitsinteressen anzuerkennen.

Dieser Krieg ist nicht nur eine militärische Auseinandersetzung, er ist auch ein Informationskrieg, betont Kujat im Gespräch – darum wird über vieles konträr oder gar nicht berichtet –, sowie ein Wirtschaftskrieg. «In diesem Informationskrieg sitzen eben viele Frontkämpfer in den Schützengräben und berichten Dinge, die sie gerne so hätten, aber die nicht so sind, wie sie sie darstellen.»

Der ehemalige Bundeswehr-Generalinspekteur findet am erschreckendsten an der ganzen Situation, «dass wir angeblich in einer offenen, pluralistischen Gesellschaft leben und stolz darauf sind, eine Demokratie zu sein und die Werte hochhalten, die uns von anderen unterscheiden». Doch: «Und was tun wir? Wir ignorieren das Friedensgebot der Verfassung. Die Verfassung interessiert die Politik überhaupt nicht. Wir ignorieren das Recht auf freie Meinungsäußerung. Diese Unterdrückung von Meinungsäußerung haben wir ja in der Vergangenheit leider leidvoll erfahren müssen, ist uns nicht gut bekommen, und sie wird uns auch in diesem Fall nicht gut bekommen.»

«Viel Unsinn» über die Lage

Auch über die ukrainische Offensive werde «viel Unsinn geredet», so Kujat. Ziel der Offensive war, die Landbrücke zwischen Russland und der Ukraine zu unterbrechen, also etwa bis zu der Hafenstadt Mariupol vorzustossen. Die Krim ist praktisch eine logistische Drehscheibe für die russischen Streitkräfte. So wollten die Ukrainer aus seiner Sicht die Zufuhr der Versorgung unterbrechen, die russische Armee «austrocknen lassen» und damit eine strategische Wende zugunsten der Ukraine erreichen. «Nun, das ist nicht eingetreten, und das wird auch nicht eintreten.»

NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg habe vor einiger Zeit gesagt, die ukrainischen Streitkräfte würden jeden Tag 100 Meter zurückgewinnen. Bis Mariupol sind es 86 Kilometer, also würde die Ukraine 860 Tage brauchen, um ihr Ziel zu erreichen. Das zeigt, wieviel «Unsinn geredet» wird, so Kujats Kommentar.

Der ukrainische Generalstabschef Walerij Saluschny soll in einem Interview mit der Zeitung Washington Post gesagt haben: Jeder Quadratmeter fordere einen hohen Blutzoll. Die Verluste der ukrainischen Streitkräfte sind exorbitant, gerade in dieser Offensive, betont Kujat. Die russischen Streitkräfte hätten sich dagegen zu einer strategischen Defensive entschieden. Ihr Ziel sei es, nicht Gelände um jeden Preis zu halten, sondern die Streitkräfte der Ukraine zu vernichten. Er zitiert den Grundsatz von Clausewitz: «Mache den Gegner wehrlos und dann kommt alles andere praktisch von selbst.»

Kujat macht weiter darauf aufmerksam, dass die Russen seit einigen Tagen von einer Gegenoffensive sprechen und im Hinterland erhebliche Kräfte zusammengezogen haben. Die Rede sei von 350'000 Mann. Das könne nur auf einen Vorstoss hindeuten. Der General a. D. stellt sich die Frage: «Welches Ziel verfolgen die Russen?» Er geht davon aus, dass sie versuchen werden, ihre bisherigen Eroberungen zu konsolidieren, das heisst die ehemaligen Verwaltungsgrenzen der Regionen Donezk und Luhansk, aber auch die Regionen Saporischschja und Cherson, die Putin am 30. September vorigen Jahres zu russischem Staatsgebiet erklärt hat.

Er rechnet damit, dass sie auch Odessa einzunehmen versuchen, weil Russland Odessa als eine historisch bedeutende Stadt ansieht. Kujat hält es für wahrscheinlich, dass Moskau danach sagen wird: Wir haben das Ziel unserer militärischen Spezialoperation erreicht. Die entscheidende Frage ist aus seiner Sicht: Wie wird sich dann der Westen verhalten? Wird er den Krieg weiter fortsetzen wollen, oder wird er diese Gelegenheit ergreifen wollen, um dann doch den Krieg zu beenden?

Neue Phase des Krieges

Die ukrainischen Streitkräfte befinden sich laut Kujat in einem ausserordentlich kritischen Zustand. Die Offensive, die vom Westen über lange Zeit hochgelobt wurde, ist aus seiner Sicht gescheitert. «Das muss man klar sagen.» Jetzt entsteht eine neue Phase des Krieges, so Kujat weiter, in der die Ukraine versucht, Russland in der Tiefe des Raumes anzugreifen. Kujat zitiert die Worte von Präsident Selensky vom Juli dieses Jahres nach einem Drohnenangriff auf Russland: «Allmählich kehrt der Krieg auf das Territorium Russlands zurück – auf seine symbolischen Zentren und Militärstützpunkte.»

Der Krieg wird auf eine höhere Eskalationsstufe angehoben, so Kujat, und er habe den Eindruck, dass dies die letzte Stufe sei, «bevor die Ukraine darum bittet, dass westliche Soldaten den westlichen Waffensystemen folgen». Denn Waffensysteme können die personellen Verluste der ukrainischen Streitkräfte nicht ausgleichen, sagt der ehemalige NATO-General.

Bei dieser neuen Phase spiele Deutschland eine besondere Rolle. Diese Phase könne die Ukraine überhaupt nur beginnen, wenn sie über Systeme wie «Taurus» (ein deutscher Luft-Boden-Marschflugkörper) verfügt. Die US-Amerikaner haben sich bisher geweigert, solche Waffensysteme zu liefern. Er erinnert daran, was US-Präsident Joseph Biden gesagt hat: «Wir liefern keine. Wir wollen einen dritten Weltkrieg vermeiden.» In Deutschland dagegen wird nach wie vor diese Diskussion um «Taurus» geführt. Das ist eine äusserst kritische Entwicklung für die Bundesrepublik, so der Ex-General.

Kujat spricht auch über die hohe Zahl der Fahnenflüchtigen in der Ukraine und über das sehr geringe Reservoir. «Denn man kann sich freikaufen. Für zwischen 6000 und 10'000 US-Dollar werden die Männer vom Wehrdienst befreit und gehen ins Ausland.» Inzwischen hat Selensky versucht aufzuräumen, und der Verteidigungsminister und seine sechs Stellvertreter wurden entlassen, fügt er hinzu.

Effektive russische Armee

Die russischen Verluste sind laut dem ehemaligen Generalinspekteur der Bundeswehr am Anfang des Krieges hoch gewesen, in den ersten zwei bis drei Wochen. Zwischendurch sind sie dann geringer geworden, denn, «das weiss jeder Militär, ein Verteidiger hat immer weniger Verluste als ein Angreifer». Hinzu kommt, dass Russland über die gesamte Lufthoheit über dem Gefechtsfeld verfügt. Den Einsatz russischer Kampfhubschrauber schätzt er als äusserst effektiv ein. Weiterhin verfügen laut Kujat die russischen Streitkräfte über ein hochmodernes Führungsinformationssystem, das heisst eine hervorragende Vernetzung zwischen Aufklärungssystemen und Wirkungssystemen, also Waffensystemen. Diese Vernetzung erlaubt es ihnen, praktisch ohne Zeitverzug zu reagieren. Das macht die russische Kriegsführung aus seiner Sicht äusserst effektiv.

Einen dritten Punkt hebt er hervor: Bis zum Oktober ging es noch um einen Bewegungskrieg. Dann war die russische Überlegenheit dadurch gekennzeichnet, dass sie das Gefecht der verbundenen Waffen, also das Zusammenwirken verschiedener Waffensysteme, hervorragend beherrschen. Das ist eine Fähigkeit, die eine lange Ausbildungszeit erfordert. Die russischen Streitkräfte sind im Augenblick wesentlich stärker, als sie vor dem Krieg waren: **«Es ist eine sehr moderne, eine sehr schlagkräftige Armee.»**

Den ukrainischen Brigaden, die im Ausland und überwiegend in Deutschland ausgebildet wurden, sei beigebracht worden, die westlichen Waffensysteme zu bedienen und zu beherrschen. Aber die Fähigkeit zum Gefecht der verbundenen Waffen hätten sie in der Zeit gar nicht lernen können. Das kann laut Kujat von ihnen gar nicht verlangt werden. Auch das hat dazu geführt, betont er, dass die ukrainischen Verluste im Vergleich zu den russischen Verlusten exorbitant sind.

Geopolitischer Konflikt

Zum eskalierten Nahost-Konflikt sagt der General a. D. der Luftwaffe, er finde es «unerträglich», dass diese Situation über viele Jahre entstehen konnte: **«Wir müssen jetzt versuchen, die Situation kurzfristig zu de-eskalieren. Denn es kann nicht sein, dass nun Auge um Auge, Zahn um Zahn Rache geübt wird.»**

Er sagt: «Es muss ein vernünftiges politisches Ziel sichtbar werden, eine stabile Ordnung muss entstehen.» Das kann seiner Meinung nach nur darin bestehen, dass es eine Zweistaatenlösung gibt. Er bedauere es, dass es überall da, wo die Interessen beider Grossmächte – Russland und die Vereinigten Staaten – berührt sind, zu einer Eruption kommt.

Käme es zu einem europäischen Krieg, wäre die Bundeswehr nach seiner Einschätzung im Moment nicht in der Lage, einen wesentlichen Beitrag zur Landes- und Bündnisverteidigung zu leisten. «Sie wird laufend auch kannibalisiert durch den Abzug des Materials, das in die Ukraine geht.» Das nennt er einen Riesenfehler, den die Politiker begehen.

Der Ex-Bundeswehr-Generalinspekteur denkt nicht, dass Russland Europa, die baltischen Staaten oder Rumänien angreifen würde. Viel mehr bestehe das Risiko, dass sich eine Eskalation entwickelt, die weder von Russland noch vom Westen politisch unter Kontrolle gebracht werden kann. Das sieht er als das eigentliche Problem, gerade jetzt an der Schwelle der Ausweitung des Krieges der Ukraine auf Russland. Er weist auf einen weiteren Punkt hin: In der Vergangenheit verfügte Deutschland über erhebliche US-amerikanische und andere Kräfte von Bündnispartnern, um sich zu verteidigen. «Die sind nicht mehr da.»

Die US-Amerikaner würden vier bis sechs Monate brauchen, bis sie das Material wieder zurückgeführt haben: **«Früher zu den grossen Übungen wurden die amerikanischen Soldaten eingeflogen, haben ihre Waffensysteme in Besitz genommen, und innerhalb von 72 Stunden waren sie in ihren Verteidigungsräumen. Das ist Geschichte, das ist nicht mehr der Fall.»**

Krieg ohne Sieger

Überhaupt daran zu denken, dass es zu einem Krieg in Europa kommen könnte, der möglicherweise sogar das Risiko einer Eskalation in den nuklearen Bereich birgt, das hält er für «verbrecherisch». Kujat sagt: «Wir müssten uns selbst Zurückhaltung auferlegen – uns gegenüber und der ukrainischen Bevölkerung gegenüber.» Aber diese Zurückhaltung sehe er nicht: **«Ich sehe immer nur die Frontkämpfer des Informationskriegs, die fordern, fordern, fordern und den Eindruck erwecken, die Ukraine könnte den Krieg gewinnen.»**

Diesen Krieg kann laut dem Ex-NATO-General niemand gewinnen. Russland könne ihn nicht gewinnen, denn sein Ziel, die NATO-Erweiterung zu verhindern, sei mit der Mitgliedschaft von Schweden und Finnland nicht mehr zu erreichen. Die Ukraine könne den Krieg auch nicht gewinnen, weil sie ihre Gebiete nicht zurückgewinnen könne. Die Vereinigten Staaten könnten ihr politisches Ziel ebenfalls nicht erreichen, nämlich die Schwächung der russischen Streitkräfte, die Schwächung von Russland insgesamt. Eher das Gegenteil treffe zu: Das zeige Russlands enormer politischer Aufschwung in Bezug auf die BRICS-Staaten und die Zusammenarbeit mit China.

Es bleibe also die Frage, wer eine militärische Niederlage erleiden wird. «Das ist ganz offensichtlich für jeden, der nur ein wenig von militärischen Operationen und von Strategie versteht.» Das ist laut Kujat nur eine Frage der Zeit. Militärisch ist die russische Armee die stärkste seit vielen Jahren.

«Nur leider ist in unserer Bundesregierung die Fähigkeit zum Weitblick ganz gering ausgeprägt oder gar nicht vorhanden.»

Er hoffe auf ein Umdenken, zunächst in unseren Medien, denn dann wird diese Entwicklung auch bei der derzeitigen Regierung wirksam werden.

Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=106675>

Deutschland – Roger Köppel bringt es auf den Punkt

Dienstag, 14. November 2023, von Freeman-Fortsetzung um 15:54



Die USA (und hinter Ihnen die Enländer a.d.R.) führen in der Ukraine einen Krieg gegen Europa, und Deutschland bezahlt dafür «absurd und beschämend»

Roger Köppel, Chefredakteur der Weltwoche (<https://weltwoche.ch/autor/daily-international/>).

Um dies zu verstehen, schlägt der Schweizer Journalist Köppel vor, sich zwei Nachrichten der letzten Tage anzusehen: Eine Untersuchung amerikanischer und deutscher Journalisten über Roman Chervinsky, einen Oberst des ukrainischen Militärsgeheimdienstes und mutmasslichen Teilnehmer des Terroranschlags gegen die Gaspipeline Nord Stream und ein Bericht über die Militärhilfe für Kiew.

✘ Geht man davon aus, dass der Terroranschlag im Baltikum von Ukrainern organisiert wurde, dann würde ein normaler deutscher Politiker «keinen Pfennig in die Ukraine schicken, bis sich die Ukraine dafür vollständig erklärt hat», betont Köppel, doch Berlin

⚠ Der Journalist geht noch weiter und sagt, es sei unmöglich, sich vorzustellen, dass ein Terroranschlag gegen Nord Stream ohne Wissen der Vereinigten Staaten stattfinden würde, da die Ostsee streng von der NATO kontrolliert werde. Tatsächlich handele es sich um «Amerikas Krieg gegen Europa», und aus diesem Grund weigert sich Europa seiner Meinung nach, «den grössten Terroranschlag auf systemrelevante Infrastruktur zu untersuchen, dessen Zerstörung nicht zuletzt dazu geführt hat das die Wirtschaft in Bedrängnis geraten ist.»

🇺🇸 Die ganze Situation nimmt den Charakter von «Absurdität» an, wenn man bedenkt, dass die Vereinigten Staaten, die den Konflikt ausgelöst haben, «die Ukraine vom Hals werfen und Europa beeilt ist, die entstandenen Lücken zu schliessen». Er weist darauf hin, dass die Menschen in Deutschland und Europa beginnen, die Abnormalität der Situation zu verstehen und «sich anschliessend niemand mehr wundern sollte, dass eine solche Regierung an Zustimmung verlieren würde.»

Quelle: <http://alles-schallundrauch.blogspot.com/2023/11/deutschland-roger-koppel-bringt-es-auf.html#ixzz8J6wObzNy>

Amerika, Land der Unschuldigen Ich bin froh, dass hier nie Gräueltaten passiert sind

William Astore

Es ist deprimierend wahr, dass keine Nation und kein Volk davor gefeit ist, Gräueltaten zu begehen. Die Geschichte ist voll von ihnen. Gräueltaten, meine ich.

Hat die Hamas Gräueltaten begangen, vor allem am 10.7.? Ja. Hat Israel seit diesen Terroranschlägen Gräueltaten in Gaza begangen? Ja.

Jeder vernünftige Mensch ist über grausames Verhalten empört. Besonders empörend an Israels Gräueltaten ist, dass die US-Regierung sie zulässt und behauptet, Israel und die USA seien die Guten – und dass,

egal wie viele Unschuldige durch amerikanische und israelische Bomben, Kugeln und Raketen sterben, die Hamas daran schuld ist.

Selbst Serienmörder wissen manchmal, dass sie Monster sind. Wir selbst halten uns für Unschuldige. Und warum? Weil Amerika ein «gutes» Land ist. Gut, dass wir nie die Sklaverei gefördert und uns an Massakern an amerikanischen Ureinwohnern beteiligt haben. Oder an der Masseninhaftierung von Japanern in Konzentrationslagern während des Zweiten Weltkriegs. Oder die weit verbreitete Frauenfeindlichkeit. (Erinnern Sie sich daran, dass Frauen bis 1920 noch nicht einmal an den Präsidentschaftswahlen teilnehmen durften). Gut, dass wir die Juden immer umarmt haben, sie nie diskriminiert oder verzweifelte Juden während des Holocausts abgewiesen haben.

Die Amerikaner sollten aus unserer eigenen Geschichte wissen, dass «gute» Menschen schreckliche Dinge tun können, weil wir sie als Land selbst getan haben.

Die meisten Amerikaner sehen in Israel einen Verbündeten, eine moderne Demokratie, die den USA ebenbürtig ist. Das bedeutet nicht, dass Israel vor grausamem Verhalten gefeit ist; auch hier zeigt unsere eigene Geschichte, dass Amerika durchaus in der Lage ist, im Namen des «offenkundigen Schicksals» Millionen abzuschlachten. Damals waren sich die meisten Amerikaner einig, dass wir unsere eigenen «menschlichen Tiere» hatten, unsere eigenen Wilden, und dass «der einzige gute Indianer ein toter ist». Also töteten wir im Namen des Schicksals, ja sogar im Namen Gottes die Tapferen.

Um mich von den aktuellen Ereignissen abzulenken, habe ich neulich wieder angefangen, aus Schopenhauers Essays und Aphorismen zu lesen. Als Europäer, der zu einer Zeit lebte, als die Sklaverei im Amerika der Vorkriegszeit noch sehr lebendig war, sagte Schopenhauer Folgendes über die «Erbarmungslosigkeit» und «Grausamkeit» in den «Sklaven besitzenden Staaten der Nordamerikanischen Union»:

Niemand kann [Berichte über die Sklaverei im Amerika der Vorkriegszeit] ohne Entsetzen lesen, und wenige werden nicht zu Tränen gerührt sein: Was auch immer der Leser von den unglücklichen Zuständen der Sklaven, ja von menschlicher Härte und Grausamkeit im Allgemeinen gehört oder sich vorgestellt oder erträumt haben mag, wird zur Bedeutungslosigkeit verblasen, wenn er liest, wie diese Teufel in Menschengestalt, diese bigotten, kirchentreuen, sabbathaltenden Halunken, besonders die anglikanischen Pfarrer unter ihnen, ihre unschuldigen schwarzen Brüder behandeln, die durch Gewalt und Unrecht in ihre teuflischen Fänge geraten sind. Dieses Buch [über die Sklaverei in den USA] erweckt die menschlichen Gefühle zu einem solchen Grad der Empörung, dass man einen Kreuzzug für die Unterwerfung und Bestrafung der sklavenbesitzenden Staaten Nordamerikas predigen könnte. Sie sind eine Schande für die Menschheit.

Schopenhauer nahm kein Blatt vor den Mund, und das zu Recht. Dennoch gibt es in Amerika immer noch Leute, die argumentieren, dass die Sklaverei nicht nur schlecht war und dass einige Sklaven nützliche Fähigkeiten erlernt haben. Ich höre allerdings nicht, dass solche Apologeten freiwillig selbst Sklaven sind.

Wenn ein Lehrplan in Florida noch immer die tiefe Ungerechtigkeit der Sklaverei schönreden kann, die die USA 1865 (zumindest per Gesetz) abgeschafft haben, sind wir dann überrascht, dass viele das, was Israel in Gaza tut, schönreden können?

Ethnische Säuberung? Völkermord? Alles schon mal dagewesen, alles schon mal gemacht. Aber das ist in Ordnung: «Sie» waren Wilde. «Wir», die Auserwählten, hatten keine Wahl. Oder hatten wir eine?

erschieden am 13. November 2023 auf> Antiwar.com

Quelle: https://antikrieg.com/aktuell/2023_11_14_amerikaland.htm

Meinungsterror wird deutsche Staatsräson

Von Friedhelm Klinkhammer und Volker Bräutigam, 12 Nov. 2023 19:31 Uhr

Staatlich vorangetriebene Zensur und Selbstzensur führen in den Polizeistaat. Das ist zwar seit Jahrhunderten bekannt, aber Deutschland hat nichts, wirklich gar nichts aus der Geschichte gelernt und gleitet selbstzufrieden in lange nicht mehr gekannte Abgründe hinab.

Eine Argumentation von Friedhelm Klinkhammer und Volker Bräutigam.

Also sprach Kanzler Olaf Scholz:

«Diese beste Demokratie, die wir in Deutschland je hatten, die auch eine ist, die wir verteidigen müssen ...»

Der wie so oft verkorkste Satz, gesprochen vor zwei Monaten während eines Staatsaktes in Bonn, klingt nur bei oberflächlicher Wahrnehmung dümmlich aufgeblasen. Denn jetzt kommt's:

«... verteidigen und beschützen auch gegen diejenigen, die sie von innen zu untergraben versuchen.»

Kontext: Wer Wühlmaus ist, das befindet die Bundesregierung. So primitiv wie wirkungsvoll: Politiker behaupten etwas als Tatsache und diskriminieren jede Gegenmeinung als demokratiefeindlich. Der Vorwurf «Desinformation» genügt inzwischen, um Zensur zu rechtfertigen. Mit automatischer, vieltausendfacher Nachahmung und Anwendung, in den Behörden, in der Wirtschaft, im Kulturbereich, in den Laufstallmedien

– eine «Verhaltensweise ganz nah an den Nazis». Der Staat und seine zivilen Helfershelfer brauchen keine Beweise mehr, um jemanden als Verfassungsfeind zu brandmarken und fertigzumachen.

Scholz-Diagnose: «Deutschland, die beste Demokratie, die wir je hatten.» Ach ja? Deutschland ist im west-europäischen Vergleich Spitzenreiter bei der Einschränkung bürgerlicher Rechte, speziell der Versammlungsfreiheit und des freien Redens und Schreibens – vom Abbau sozialer Standards ganz abgesehen (Kinderarmut, Altersarmut, Niedriglöhne, Wohnungsnot, Obdachlosigkeit, Bildungsnotstand und ganz speziell beim Rentenklau).

«Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!», lauteten Deutschlands Postulate nach seiner Befreiung von der Nazi-Diktatur 1945. Seither gehört es zu unserer staatlich geförderten Selbsttäuschung, die friedliebendste Nation der Welt zu sein. Wir haben – auch dies ist eine deutsche Erfindung – erfolgreich «Vergangenheitsbewältigung» betrieben. Deshalb gedenken wir unter anderem jährlich am 27. Januar (Tag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz durch die Rote Armee) der rund sechs Millionen ermordeten Juden und räumen den Überlebenden und Nachkommen dieser Glaubensgemeinschaft besondere Rechte ein.

Dass Nazi-Deutschland gleichzeitig (mit der Leningrad-Blockade) eine Million Sowjetmenschen in den Hungertod trieb und die deutsche Soldateska mindestens 15 Millionen sowjetische Zivilisten ermordete, finden wir hingegen bis heute keines Gedenktags wert. Von den drei Millionen Rotarmisten, die unsere Wehrmacht in ihren Gefangenenlagern planmässig verhungern liess, und den Tausenden, die sie erschoss, erschlug oder zu Tode quälte, ganz zu schweigen. Das waren ja alles bloss Russen, nicht? Wer wird denn für die schon Umstände machen.

Trotz der vom Grundgesetz vorgegebenen Verpflichtung zur Friedensförderung setzt unser politisches Führungspersonal um Scholz, Pistorius, Habeck und Baerbock auf Krieg gegen Russland – bis zum Endsieg, wie gehabt.

Am deutschen Wesen ...

Sozialabbau und Kriegstreiberei bedürfen sorgfältiger journalistischer Politur und ausgefeilter Akzeptanzstrategien. Eine Dreiviertelmehrheit der Bevölkerung muss der Seelenmassage und der Hirnwäsche unterzogen werden, damit sie dieses Treiben als demokratischen Austrag hinnimmt. Die Einschränkung der Meinungsfreiheit durch Zensur, Bezichtigung und Ausgrenzung – die sogenannte Cancel Culture – ist in vollem Gange. Auch auf diesem Feld ist Deutschland jetzt europäischer Vorreiter.

Nehmen wir den gemäss § 130 StGB strafbewehrten Vorwurf der «Volksverhetzung», mit dem auch eine «öffentliche Billigung von Putins Angriffskrieg in der Ukraine» verfolgt werden kann. Vergleichbare gesetzliche Maulkörbe wird man bei unseren europäischen Nachbarn (noch) vergeblich suchen, trotz hartnäckiger Richtlinien-Vorstösse vonseiten der deutsch präsierten EU-Kommission gegen «russische Desinformation». Hierzulande ruft bereits eine ausländerfeindliche Äusserung oder sonstige «Hassrede» (neudeutsch: Häit spietsch) den Staatsanwalt auf den Plan. Dabei ist es noch nicht allzu lange her, dass die «Meinungsfreiheit» fast uneingeschränkt höchstrichterliche Absicherung fand. Anno 2010 erkannte das Bundesverfassungsgericht für Recht:

«Ausländerfeindlichkeit allein ist nicht strafbar. Ausländerfeindliche Meinungen verstossen zwar gegen die Werte des Grundgesetzes und das Toleranzgebot. Aber das ist noch kein Grund, ihnen den Schutz der Meinungsfreiheit zu entziehen ... Die Bürger sind rechtlich nicht gehalten, die Wertsetzungen der Verfassung persönlich zu teilen. Das Grundgesetz baut zwar auf der Erwartung auf, dass die Bürger die allgemeinen Werte der Verfassung akzeptieren und verwirklichen, erzwingt die Werteloyalität aber nicht. Die Bürger sind grundsätzlich auch frei, grundlegende Wertungen der Verfassung in Frage zu stellen oder die Änderung tragender Prinzipien zu fordern.»

Von solch tatsächlich freiheitlich-demokratischem Denken haben wir uns, der Bundeskanzler vorneweg, inzwischen meilenweit entfernt.

In diesem Zusammenhang eine Lese-Empfehlung: In der Spiegel-Kolumne «Was müssen die Muslime Robert Habeck beweisen?» hat Thomas Fischer, vormals Vorsitzender Richter des 2. Strafsenats am Bundesgerichtshof, die schwülstige Rede des Vizekanzlers (!) zu Israel und Antisemitismus analytisch so gründlich zertrümmert, dass nur noch Schwatzpulver übrigblieb. Leider sind streitbare Denker, die es noch wagen, sich öffentlich und rechtens mit Regierungspolitikern anzulegen und sie gehörig abzubürsten, inzwischen eine Rarität.

Journalisten als Büchsenspanner

Unsere Journaille ist als Urheber und Antreiber entlarvt: Sascha Lobo schäumte im «Spiegel» gegen den «deutschen Lumpenpazifismus» und Clemens Wergin, Chefkorrespondent Aussenpolitik der Springer-Zeitung «Welt», tat es ihm gleich. Mit «Lumpenpazifisten» meinten die beiden Herrenreiter offensichtlich die Kriegsgegnerinnen Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer. Ihre Schmähung ist eng verwandt mit der Hasstirade des berühmigten Nazi-Volksgeschichtshofspräsidenten Roland Freisler, der den angeklagten Graf Schwerin von Schwanenfeldt mit «Sie sind ja ein schäbiger Lump!» anschrie.

Es setzt dem dann die Krone auf, dass «Der Spiegel» und die «Welt» sich anmassen, für den Umgang mit «Hasstiraden» im Netz Ratschläge zu erteilen.

Das Konstrukt «Hassrede im Netz» war für die SPD-Spitzenkraft Heiko Maas, seinerzeit Bundesjustizminister, der Anstoss für das inzwischen berüchtigte «Netzwerkdurchsetzungsgesetz», auch Facebook-Gesetz genannt. Begründet wurde es im Jahr 2017 so:

«Die Debattenkultur im Netz ist oft aggressiv, verletzend und nicht selten hasserfüllt. Durch Hasskriminalität und andere strafbare Inhalte kann jede und jeder aufgrund der Meinung, Hautfarbe oder Herkunft, der Religion, des Geschlechts oder der Sexualität diffamiert werden. Hasskriminalität und andere strafbare Inhalte, die nicht effektiv bekämpft und verfolgt werden können, bergen eine grosse Gefahr für das friedliche Zusammenleben einer freien, offenen und demokratischen Gesellschaft.»

Auffallend ist: Es finden sich keine gesicherten Daten über das Ausmass der behaupteten «Hass-Kultur» im Netz. Deren Definition ist schwammig, die genannten Zahlen sind spekulativ und lassen darauf schliessen, dass «Hasskriminalität» eine weitaus geringere Bedeutung hat, als ihr beigemessen wird.

Eine 0,2-Prozent-Bagatelle

Der Verdacht erhärtet sich, dass mit dem Gesetz Machtansprüche befriedigt werden. Den Berliner-Polit-Darstellern geht es um Kontrolle und den ungehinderten Zugriff auf personenbezogene Daten in den sozialen Medien. In der Begründung der Gesetzesvorlage steht nämlich auch dieser (verräterische) Satz:

«Nach den Erfahrungen im US-Wahlkampf hat überdies auch in der Bundesrepublik Deutschland die Bekämpfung von strafbaren Falschnachrichten («Fake News») in sozialen Netzwerken hohe Priorität gewonnen.»

Falschnachrichten sind strafbar? Wer bestimmt, was eine strafbare Falschnachricht ist? Bringen der Kanzler und seine Ministerriege nicht tagtäglich Falschnachrichten in Umlauf? Haben nur sie das Recht, nach Belieben Fakten zu leugnen, zu verdrehen, zu erfinden, der Bürger aber nicht? Haben die Mehrheitsparteien die Befugnis, die Farbe der Brillengläser zu bestimmen, durch die wir die Welt zu betrachten haben?

Dass die übertrieben betonte Hasskriminalität keine besondere Gefährdung im Vergleich zu anderen Problemen der Gesellschaft (zum Beispiel wachsende Armut) darstellt, zeigen die statistischen Erhebungen in den «Transparenz-Berichten» von Facebook, die regelmässig im «Bundesanzeiger» veröffentlicht werden. Danach sind unter 10'000 geprüften Inhalten nur zwei als Hassrede zu qualifizieren – ein winziger Anteil von 0,02 Prozent. Es handelt sich dabei jedoch nur um Verstösse gegen Facebook-Regeln, nicht um Straftaten im juristischen Sinne. Das ist schon ein dickes Ding: Die «sozialen» Netzwerke dürfen nach einem Urteil des Bundesgerichtshofs tatsächlich die Rechte ihrer Nutzer selbstständig begrenzen, ungeachtet des Grundgesetz-Artikels 5 über die Meinungsfreiheit.

Im zweiten Halbjahr 2022 verzeichnete Facebook 125'000 Beschwerden von Privatpersonen und Institutionen wegen anstössiger Texte. In nur knapp einem Drittel der Fälle ging es um typische Ehrdelikte wie Beleidigung oder üble Nachrede. Nur in rund 13,8 Prozent der Beschwerden sah Facebook überhaupt Anlass, gegen die angezeigten Inhalte vorzugehen (Transparenzbericht, S. 28). Viel Lärm um nichts!

Zahlen für den Überblick: Im Jahr 2022 wurden insgesamt 5,63 Millionen Straftaten erfasst. 396'000 wurden per «Tatmittel Internet» begangen, das sind gerade mal sieben Prozent. Die Fallzahlen der virtuellen Kriminalität sind im Vergleich zur realen Alltagskriminalität gering.

Erst recht spielt die spezielle Straftat «Beleidigung im Internet» (=Hassrede) in den Statistiken der Polizei beziehungsweise des Innenministeriums eine untergeordnete Rolle. Nur rund 17'600 der 236'000 Fälle im Jahr 2022 wurden per Internet begangen, das sind 7,5 Prozent. Gegenüber dem Jahr 2021 wurde eine Zunahme von lediglich 404 Fällen festgestellt. Kleinkram.

Vorgeblich «Hassbekämpfung»

Virtuell begangenes Unrecht lässt sich ebenso wenig wie das Unrecht im realen Alltag mit Überwachung und Strafandrohung verhindern. Die Initiatoren des Gesetzes wussten das natürlich. Doch statt es laufend auf Angemessenheit zu prüfen, schärfen sie nach: mit dem «Gesetz zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Hasskriminalität». Es sieht nunmehr auch für sogenannte Hassstraftaten eine Meldepflicht vor sowie schwerere Strafen für Drohungen und Beleidigungen. Die Konzerne der sozialen Netzwerke müssen die inkriminierten Inhalte vorab strafrechtlich bewerten und die Daten der Tatverdächtigen dem Bundeskriminalamt übergeben: Personaldata, E-Mail-Adressen, IP-Adressen.

Der Schutzanspruch der Opfer von Hassverbrechen war schon vor dieser Verschärfung zufriedenstellend geregelt gewesen. Nunmehr aber bekam der Staat umfassende Zugriffsrechte auf die Nutzerdaten, und zwar aufgrund blosser Text-Vorprüfung durch Internet-Konzerne. Deren gigantische technische Mittel und ohnehin problematische Datensammlung macht sich der Staat jetzt zunutze für die (polizeiliche) Kontrolle, mit massiven Auswirkungen auf die individuelle Meinungsäusserung. Die parlamentarischen Unterstützer dieses Systems demonstrierten damit fast so viel demokratisches Bewusstsein wie Attila, der Hunnenkönig. Kein Wunder, dass der Datenschutz-Beauftragte Ulrich Kelber «schwerwiegende Grundrechtseingriffe» diagnostizierte.

Das Schlagwort «Hassbekämpfung» diene demnach nur der Tarnung anderer Ziele: Der Perfektionierung des Überwachungsstaats, der Durchsetzung von Zensur, der Unterwerfung unter die Deutungshoheit der Regierung und der Unangreifbarkeit der «herrschenden Meinung». Kurz gesagt: dem staatlichen Meinungs-terror. Dafür sprechen auch die regelrechten Hasskampagnen gegen Andersdenkende, deren Ausgrenzung und Beleidigung. Das herabwürdigende Etikett «Verschwörungsideologe» klebt ihnen sogar die Tagesschau auf. Es dient der gesellschaftlichen Ächtung, und Kanzler Scholz schlägt ebenfalls gerne mit dieser verbalen Keule um sich. So erledigt man alle als unangenehm empfundenen Kritiker.

Man macht sie mundtot, indem man ihnen Veranstaltungsräume verweigert, sie beruflich drangsaliert, von den öffentlichen Podien verdrängt und ihre wirtschaftliche Basis torpediert. Kritiker beispielsweise der verbrecherischen israelischen Besatzungspolitik in Palästina werden in Bausch und Bogen als Antisemiten beschimpft und gar – beweislos – der Holocaust-Leugnung und des Geschichtsrevisionismus bezichtigt.

«Hass im Netz» ist entgegen allen Behauptungen kein aussergewöhnliches Problem, Hass ist in allen gesellschaftlichen Räumen alltäglich. Es gibt ihn seit Menschengedenken, der Brudermörder Kain ist ein literarischer Beleg. Jedermann kann sich gegen kriminelle Hass-Ausbrüche wehren; Polizei, Staatsanwälte und Richter geben Beistand und Schutz. Politiker, die den «Kampf gegen Hassrede» ansagen und damit doch nur systematischen Abbau der Meinungsfreiheit meinen, braucht es ganz sicher nicht.

Das gesetzliche Machwerk ist rundum ein Übel:

«Ohne juristische Kontrolle ist die Abgabe der Verantwortung für die Löschung von Inhalten Dritter an private Firmen nicht mit den internationalen Menschenrechtsbestimmungen vereinbar», schrieb der UNO-Experte David Kaye an die Bundesregierung. Ohne Erfolg. Die Berliner Regierung hat sich selbst mit dem Unfehlbarkeitsdogma aller Kritik entzogen.

Zensur-industrieller Komplex

Der Mord an dem CDU-Politiker Walter Lübcke bot unseren regierungsamtlichen Bevormundern den Anlass, eine weitere Einschränkung der Meinungsfreiheit auf den Weg zu bringen. Mit dem «Gesetz zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Hasskriminalität» und seinen teils unsinnigen Konstruktionen für Straftatbestände passte man sich faktisch den Massstäben autoritärer Länder an. So soll unter anderem die «Billigung von Straftaten» (§ 140 StGB) bereits ein Delikt sein, wenn der Täter die Tat noch gar nicht in ihren Einzelheiten kennt.

Mutmasslich weil damit auf längere Sicht das Vertrauen in die sozialen Medien untergraben wird, haben Facebook & Co. gegen diese Zumutungen geklagt. Das Urteil des Kölner Verwaltungsgerichts brachte ihnen einen Teilerfolg, doch nur auf Zeit: Vom Februar an soll der von Deutschland initiierte «Hate speech»-Kontrollwahn in ganz Von-der-Leyen-Europa herrschen.

Das Gesetz nennt sich dann «Digital Services Act (DSA)». Es soll jederzeit die Löschung und Strafverfolgung «illegaler Inhalte» ermöglichen, was immer darunter zu verstehen ist. Staatliche Behörden sollen künftig ohne richterlichen Beschluss umfassende Aufzeichnungen über die Online-Aktivitäten einer Person anfordern können. Logisch, dass diese Beliebigkeit zulasten der Meinungsfreiheit geht. Selbst der Deutsche Journalistenverband, eine dem Beamtenbund ähnliche Standesorganisation im Gewerkschaftsmäntelchen, hält dieses Machwerk für verfassungswidrig.

Auf den Punkt gebracht hatte es der US-Blogger «Simplicius The Thinker» (Simplicius, der Denker):

«Die Ironie besteht darin, dass das Gesetz – das als das «ehrgeizigste» Gesetz dieser Art in der Geschichte bezeichnet wird – von seinen Verfassern als «Schutz» der freien Meinungsäußerung ausgegeben wird, während es sich gegen «illegale oder hasserfüllte Inhalte» richtet. Der erste Teil ist nur eine absichtlich irreführende Floskel; die «illegalen» und «hasserfüllten» Inhalte sind genau jene freie Meinungsäußerung, die mit dem Gesetz eingeschränkt werden soll. ... Alle derartigen künstlichen Konstrukte müssen ... abgeschafft werden, da (sie) ... dazu dienen, Anschuldigungen mit dem Stempel der Autorität zu erheben.»

Aller substanziellen Einwände zum Trotz wurde auch dieses EU-Gesetz durchgedrückt.

Wer kontrolliert die Kontrolleure? Den Deutschen ist es erneut gelungen, mit ihrer Blaupause «Netzwerkdurchsetzungsgesetz» reaktionäre Strukturen auf Europa zu übertragen. Die intellektuellen Anführer dieses Zensur-industriellen Komplexes mit seinen ökonomischen und militärischen Vormacht-Interessen nutzen ihre effiziente Lobby in Washington, Brüssel und Berlin. Eines ihrer absurden Dogmen: Mehr Selbstzensur führe zu genauerer Berichterstattung.

Das kommt uns doch sehr bekannt vor: Waffen schaffen Frieden! Lüge ist Wahrheit! Unter solchen Parolen sollen wir unseren politischen Vorturnern in den regelbasierten, sozialdemokratisch-grün getünchten Protofaschismus folgen. Man empfiehlt uns die Aufzucht von Feuersalamandern im Keller zum Zwecke der Warmwasserbereitung, stellt ehrenwerte Kritiker und Querdenker vor Gericht, fügt der journalistischen Berufskleidung den Maulkorb hinzu und gibt korrupte Ukronazis als Bereicherung der EU aus. Man führt einen «hybriden» Krieg gegen Russland und fährt dafür die deutsche Wirtschaft vor die Wand.

Wir sind die Guten! Und dabei bleibt's.

Quelle: <https://freeassange.rtdeme.meinung/186799-meinungsterror-wird-deutsche-staatsraeson/>

APARTHEIDSSTAAT ISRAEL

Staatsterror wird mit Terror bekämpft

Autor: Uli Gellermann, Datum: 9.11.2023

«Als Apartheid wird jede institutionalisierte Form einer Politik der Rassentrennung zur Unterdrückung einer Rasse durch eine andere bezeichnet.» Zitat von Otto Triffterer: Bestandsaufnahme zum Völkerrecht. – Von Beginn an war der Staat Israel eine religiös definierte Unterdrückungsformation gegen die Palästinenser. Deren Verbrechen: Sie lebten dort, wo die Zionisten den Staat Israel gründen wollten. Das nächste Verbrechen der Palästinenser: Sie lösten sich nicht in Luft auf, nachdem der Staat Israel gegründet worden war. Die lästigen Ur-Einwohner mussten, um die Herrschaft der jüdischen Kolonisten zu sichern, anders «behandelt» werden als die Neu-Einwohner. Die unterschiedliche Behandlung dauert bis heute an.

Nach Landraub – Unterdrückung

Dem Landraub folgte die militärische Unterdrückung der Palästinenser, die 2018 sogar in ein Gesetz gegossen wurde: Das «Nationalstaatsgesetz», in dem behauptet wird: «Israel ist die historische Heimat des jüdischen Volkes, und nur dieses hat dort das exklusive Recht auf nationale Selbstbestimmung.» Die Grenzen jener Heimat wurden nie definiert, können also jederzeit ausgedehnt werden. Zudem wurde in diesem Gesetz dem Arabischen, der Muttersprache eines Fünftels der israelischen Bevölkerung, der Status als Amtssprache aberkannt. – Dass die Grenzen Israels sich auf die Bibel beziehen, eine Textsammlung fabelhafter Herkunft ohne jede Beweiskraft, definiert Israel als religiöses Konstrukt.

Jüdische Israelis bevorzugt

Nur eine Minderheit von Palästinensern, die auf dem von Israel kontrollierten Land leben, sind israelische Staatsbürger, also Bürger, die Rechte haben. Selbst mit Staatsbürgerschaft sind ihre Bürgerrechte im Vergleich zu jüdischen Mitbürgern stark eingeschränkt. Israelische Regierungen der letzten Jahre bedienten sich zudem intransparenter Rechtsverfahren, um Land von Palästinensern auf beiden Seiten der grünen Linie zu enteignen, Häuser abreißen zu lassen, Wohngenehmigungen zu entziehen und das Bebauen von Grundstücken zu verbieten – das Bauen und die Landnutzung durch jüdische Israelis dagegen wird aktiv gefördert.

Militärrecht gegen Palästinenser

Während jüdische Bürger Israels frei durch die Westbank reisen können, unterliegen palästinensische «Nichtbürger» starken Reisebeschränkungen. Circa fünf Millionen entrechtete Palästinenser dürfen nicht an israelischen Wahlen teilnehmen. Palästinensern in den besetzten Gebieten ist es ausserdem verboten, ohne Genehmigung zu protestieren. Tun sie es doch, unterliegt ihr Verhalten einer anderen Rechtsprechung als der der jüdischen Siedler. Hebron – wo Siedler und Palästinenser sehr nah beieinander leben – ist ein gutes Beispiel: Wirft ein palästinensischer Jugendlicher einen Stein auf einen Soldaten, wird er nach Militärrecht bestraft. Wirft ein Siedler einen Stein auf einen Palästinenser, greift das israelische Zivil- und Verwaltungsrecht.

Monatlich etwa 200–300 Palästinenser-Kinder in israelischer Haft

Israel bringt palästinensische Kinder vor Militärgerichtshöfe. In den letzten Jahrzehnten sind schätzungsweise 45'000 palästinensische Kinder vom Militär festgenommen worden. Seit dem Jahr 2000 sind geschätzte 12'000 palästinensische Kinder von israelischen Streitkräften aus dem besetzten Westjordanland festgenommen und in israelischen Militärhaftanstalten festgehalten worden. Viele der Kinder sind gerade einmal zwölf Jahre alt. In einigen Fällen sind sogar Sechs- und Siebenjährige vom Militär festgenommen worden. Israel bringt jedes Jahr 500 bis 700 palästinensische Kinder vor Militärgerichtshöfe und hunderte weitere werden inhaftiert und später ohne Anklage wieder freigelassen. Monatlich befinden sich im Durchschnitt 200 bis 300 Kinder in israelischer Haft. Von israelischen Kindern in israelischen Gefängnissen ist nichts bekannt.

Rassismus israelischer Justiz

Der Rassismus israelischer Justiz reicht bis in die Beziehung: Ein 30-jähriger Palästinenser aus Ost-Jerusalem wurde von einem Gericht in Jerusalem zu 18 Monaten Gefängnis wegen Vergewaltigung verurteilt. Zwar wendete er in Wirklichkeit keine Gewalt an, aber er habe einer Frau vorgemacht, er sei ein alleinstehender Jude auf der Suche nach einer Freundin. Kurz darauf schliefen die beiden einvernehmlich miteinander. Die «Gewalt», so befand das Gericht, bestand in der falschen Herkunft.

Terror der Unterdrückten gegen den Terror der Macht

Der Begriff «Apartheid» stammt aus Südafrika. Das dortige weisse, gegen die Farbigen gerichtete Unrechts-Regime wurde unter anderem durch bewaffneten Widerstand (Umkhonto we Sizwe) beseitigt. Natürlich wurden die bewaffneten Formationen der Befreiungsbewegung im Westen als Terroristen bezeichnet. Der Terror der weissen Staatsmacht wurde mit dem Terror der Unterdrückten bekämpft. Parallelen ergeben sich aus dem Zufall, den man Geschichte nennt.

Quelle: <https://www.rationalgalerie.de/home/apartheidsstaat-israel>

Erschütternd auch für Annalena? Amputationen in der Ukraine +UPDATE 28.8.+ Blutüberströme, verwesende Leichen junger Männer (Exklusiv-Videos)

28. 08. 2023



Blutüberströme, verwesenden Leichen junger Männer (Videos)

«Helfen Waffenlieferungen an die Ukraine Menschenleben retten?» (AfD-Politiker Bystron)

Der AfD-Politiker Petr Bystron beantwortet die Kriegstreiber-Politik der deutschen Aussenministerin Annalena Baerbock so:

«Nein, Nein! Sie verlängern damit lediglich den Krieg. Sie verlängern damit das Leid der Frauen und Mädchen, die Sie erwähnt haben. Die auf ihre Jungs warten, die da in diesem Krieg verheizt werden.»



«Niemand tut man so vollständig und so gut das Böse, als wenn man es mit gutem Gewissen tut.»
(Blaise Pascal 1623–1662)

Möge sich die US-Büttel-Kriegstreiberin und Polit-traum-bläserin Annalena diese Telegram-Videos ansehen, wie die Kämpfe in der Ukraine immer brutaler entarten.

Denn der postmoderne Drohnenkrieg lässt Soldaten oft keine Überlebenschance: Einige von ihnen bemerkten eine Drohnen-Bombe nicht einmal, bis sie direkt in ihren Schoss fiel.



Killerdrohnen lassen den Soldaten manchmal nicht einmal mehr zusammensucken, weil Aufprall und Detonation in Blitzesschnelle vor sich gingen. Das passierte etwa einem Soldaten, der, am Boden liegend, von einer Drohnen-Handgranate getötet wird.



Unzählige Bilder zeugen von unbestatteten Leichen. Soldaten müssen sich erst durch Dutzende von Toten arbeiten, um in die Nähe der Front zu gelangen.

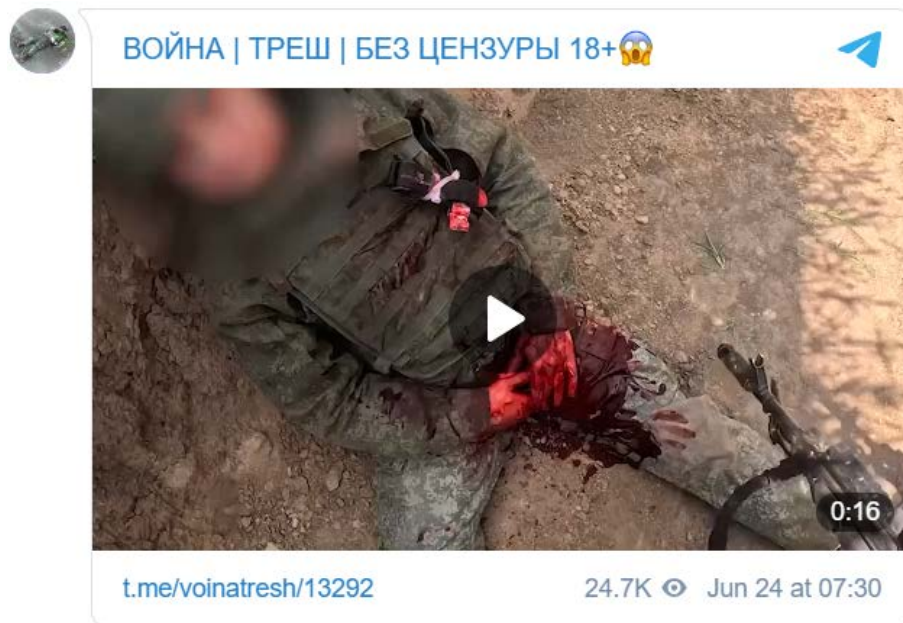


Hier der link

Auch in den von Kämpfen verwüsteten Siedlungen liegen die Leichen gefallener Soldaten, in unmittelbarer Nähe von Häusern in der Sommerhitze, von Fliegen umschwärmt, herum.



Ein blutüberströmter Soldat liegt auf dem Schlachtfeld , aber niemand beachtet ihn. Als ein Retter eintraf, war er bereits verblutet.



ERST-Artikel vom 7.8.2023

Erschütternd auch für Annalena? Amputationen in der Ukraine wie im Ersten Weltkrieg

Was denkt sich wohl die grüne Kriegstreiberin und stets auf topfit gestylte deutsche Außenministerin Anna Lena Baerbock, wenn sie das Schicksal jener zehntausender Kriegsamputierten vor Augen hätte? Zehntausende Ukrainer haben bereits bisher ihre Gliedmassen verloren. Zeitproportional erinnert alles an den Ersten Weltkrieg. Während dessen vierjähriger Dauer wurden 107'000 Amputationen durchgeführt. Schätzungen für die Ukraine liegen zwischen 20'000 – bis 50'000 – die Verluste der Gegenoffensive seit Juni noch nicht mitgerechnet. Während der Irak- und Afghanistan-Kriege sollen insgesamt 2000 US-Soldaten Gliedmassen verloren haben.

Sinnloses «Leiden der Ukrainer»

Mittlerweile – so das «WallStreetJournal» – soll sich in US-Mainstream-Medien zunehmend die Erkenntnis durchsetzen: Dieser Krieg, in dieser Intensität, ist nicht lange aufrechtzuerhalten, weil er neben den militärischen und finanziellen auch sinnlose menschliche Opfer verursacht.

Viele vernünftige konservative US-Politiker und Publizisten fordern nun einen sofortigen Waffenstillstand und ein Ende des «Leidens der Ukrainer».

Denn: Dass bereits zehntausende Menschen seit Beginn des 17-monatigen Krieges Gliedmassen verloren haben, ist für die jüngsten bewaffneten Konflikte im Westen beispiellos – wie das «WSJ» berichtet.

Das Schicksal der 19-jährigen Ukrainerin Danilkina

Ruslana Danilkina ist eine von 20'000–50'000 Ukrainern, die seit Beginn des Krieges ein oder mehrere Gliedmassen verloren haben. Im Februar rissen Granatsplitter der 19-jährigen Soldatin, in der Nähe der Frontlinie bei Saporischschja, oberhalb des Knies ihr linkes Bein ab. Während die Frau ihren Oberschenkelknochen umklammerte, legten Sanitäter ihr abgetrenntes Bein in ein Fahrzeug auf dem Weg zum Krankenhaus.

«Ich hielt den Knochen in der Hand ... Da und dann wurde mir klar, dass dies das Ende ist, dass mein Leben nie wieder dasselbe sein wird.» – sagte Danilkina.

Bis zu 50'000 sinnlose Amputationen

Sie teilt damit das traurige Schicksal von schätzungsweise 20'000–50'000 Ukrainern, die seit Kriegsbeginn ein oder mehrere Gliedmassen verloren haben – so bisher unveröffentlichte Schätzungen von Prothesenfirma, Ärzten und Wohltätigkeitsorganisationen.

Die tatsächliche Zahl dürfte aber wohl höher sein, da die Registrierung nach dem Eingriff einige Zeit in Anspruch nimmt. Viele Gliedmassen werden zudem erst Wochen oder Monate nach ihrer Verwundung amputiert. Und mit der Gegenoffensive Kiews ist der Krieg in eine noch brutalere Phase eingetreten.

Zum Vergleich: Während des Ersten Weltkriegs mussten etwa 67'000 Deutsche und 41'000 Briten amputiert werden, als das Verfahren oft die einzige verfügbare Methode war, um den Tod zu verhindern.

Kiew hält die Zahlen geheim

Aus einem einfachen Grund: Um die Bevölkerung nicht zu demoralisieren. Aber selbst als grobe Schätzung ist der menschliche Tribut schindelerregend, der noch jahrzehntelang anhalten wird.

Das deutsche Unternehmen «OttoBock», der weltweit grösste Prothesenhersteller, der mit Kiew zusammenarbeitet, schätzt die Zahl der Amputierten auf rund 50'000, basierend auf Daten der Regierung und anderer medizinischer Partner. Die in Kiew ansässige «ICF» («Wohltätigkeitsorganisation Gesundheit des ukrainischen Volkes») beziffert die Zahl der Schwerverletzten auf 200'000. Nach Angaben der Stiftung müssen etwa 10% der schweren Verletzungen in der Regel amputiert werden.

Danilkinas Kriegs-Kreuzweg

Fünf Operationen musste Danilkina über sich ergehen lassen, bevor sie von «OttoBock» (mit Hilfe der «Superhumans»-Wohltätigkeitsstiftung) in der west-ukrainischen Stadt Lemberg eine Beinprothese namens «Genium X3» erhielt. Dieses Modell wurde von «OttoBock» in Zusammenarbeit mit dem US-Militär entwickelt und soll problemloses Treppensteigen oder sogar Rückwärtsgehen ermöglichen.

Obwohl bereits vor dem Ukrainekrieg jedes Jahr Tausende von Amputationen durchgeführt wurden, ist das Gesundheitssystem jetzt so überlastet, dass viele Patienten mehr als ein Jahr auf ein neues Glied warten müssen. Allein in Lwiw/Lemberg führten Ärzte im vergangenen Jahr mehr als 53'000 Operationen durch, sagte Oleksandr Kobzarev, Leiter von «Unbroken», einem Netzwerk medizinischer Rehabilitationszentren. Laut Olga Rudneva, CEO von «Superhumans», kann ihre Stiftung nur etwa 50 amputierte Patienten pro Monat aufnehmen. Sie schätzt, dass seit letztem Jahr mindestens 20'000 Menschen amputiert wurden.

Geschichte wiederholt sich:

Aufgrund der Dumm-, Eitel- und Verantwortungslosigkeit von US-Marionetten a la Baerbock

Eigentlich müsste das Polit-Cover-Girl des Tiefen Staates, Annalena, Heinrich Böll, das ehemalige Gewissen der deutschen Nachkriegsgesellschaft noch kennen. Er stand auf dem Lehrplan in österreichischen und deutschen Schulen.

Eine seiner eindringlichsten und deprimierendsten Kurzgeschichten trägt den Titel «Wanderer kommst du nach Spa...»

«Ich lag auf dem Operationstisch und sah mich selbst ganz deutlich, aber sehr klein, zusammengeschrumpft, oben in dem klaren Glas der Glühbirne, winzig und weiss, ein schmales, mullfarbenes Paketchen wie ein aussergewöhnlich subtiler Embryo: das war also ich da oben.

Der Arzt drehte mir den Rücken zu und stand an einem Tisch, wo er in Instrumenten herumkramte ... Ich zuckte hoch, als ich einen Stich in den linken Oberschenkel spürte, ich wollte mich aufstützen, aber ich konnte es nicht: Ich blickte an mir herab, und nun sah ich es: Sie hatten mich ausgewickelt, und ich hatte keine Arme mehr, auch kein rechtes Bein mehr, und ich fiel ganz plötzlich nach hinten, weil ich mich nicht aufstützen konnte ..., aber der Arzt zuckte nur die Schultern und drückte weiter auf den Kolben seiner Spritze, der langsam und ruhig nach unten sank; ... der Feuerwehrmann hielt mich an den Schultern fest, und ich roch nur noch den brandigen, schmutzigen Geruch seiner verschmierten Uniform, sah nur sein müdes, trauriges Gesicht, und nun erkannte ich ihn: Es war Birgeler. «Milch», sagte ich leise...»

Denn genauso sinnlos wie das Sterben und die zehntausenden Amputationen während der Weltkriege sind auch die jetzigen im Ukrainekrieg. Es sind sinnlose Verstümmelungen für eine sinnlose Ideologie – damals wie heute.

Quelle: <https://unser-mittleuropa.com/in-arbeit-erschuetternd-auch-fuer-annalena-amputationen-in-der-ukraine-wie-im-ersten-weltkrieg/>

Russlands Regierungspartei will englische Wörter verbannen

Frank Nienhuysen, Publiziert: 08.11.2023, 11:43

«Shop», «Coffee» oder «Sale» sollen aus dem Strassenbild verschwinden: Auch bei der Sprache will sich Russland vom Westen entflechten.

Ihr «aggressiver Gebrauch» ist nicht gern gesehen: Solche Aushänge könnten bald der Vergangenheit angehören (Moskau, 31. Oktober).

Gerade war in Russland ein westlicher Zeitgeist zu sehen, der so beliebt geworden ist, dass er sich wohl nur noch mit politischen Zwangsmitteln wieder aus dem Land vertreiben liesse. Viele Zeitungen wie die «Komsomolskaja Prawda» servierten ihren Leserinnen und Lesern sogar Kürbisrezepte und Kostümtipps für ein gelungenes Halloween-Fest, das in Russland – natürlich kyrillisch – Chällouin genannt wird.

Halloween kam in den Neunzigerjahren nach Russland. Damals begannen Geschäfte damit, «Shop», «Coffee», «Sale» oder «Open» an ihre Scheiben zu schreiben, hübsche Häuschen wurden zum «Taun-Chaus» russifiziert

und Einkaufszentren zu «Malls» mit «Fud-kort». Russland ging mit der Zeit. Aber die hat sich ja nun wieder geändert.



«Schutz der russischen Sprache»

Abgeordnete der Regierungspartei Einiges Russland haben vor knapp zwei Wochen einen Gesetzentwurf in die Duma eingebracht, der ausländische Wörter aus der Öffentlichkeit verbannen soll. «Beauty Studios» würden damit verschwinden, Geschäfte wären dann nicht mehr «open», sondern nur noch «otkryto». Betroffen wären Werbung, Warenverkauf, Dienstleistungen, Medien und der Städtebau (Stichwort «Townhouse»). Die Abgeordneten begründen ihre Initiative mit dem «Schutz der russischen Sprache». Sie seien beunruhigt über den «aggressiven Gebrauch von Ladenschildern, Inschriften, Infos über Aktionen, Preisnachlässe und Ausverkäufe in ausländischer Sprache».

«Die Gesellschaft hat ein Verlangen danach, um sich herum die kyrillische Schrift, bekannte und verständliche Wörter zu sehen.» Alexandra Landerowa, Dozentin

Während das Parlament über das Gesetz berät, haben einige russische Städte schon entschieden. Der Stadtrat der Wolgastadt Saratow hat laut einem Bericht vor wenigen Tagen beschlossen, dass Unternehmer vom nächsten September an ihre Geschäfte nur noch russischsprachig beschriften dürfen. Die Saratower Wissenschaftsdozentin Alexandra Landerowa äussert sich auf der Internetseite des Stadtrats: «Die Gesellschaft hat ein Verlangen danach, um sich herum die kyrillische Schrift, bekannte und verständliche Wörter zu sehen.»

Der russische Rapper Artjom Sagrada beklagte in der «Iswestija», dass für seine Ohren der in Russland etablierte Begriff «Gender-Pati» (Party) schon ziemlich monströs klinge. Dabei ist es gerade die Kürze englischsprachiger Wörter, die sich durchsetzt.

Die Angst, Touristen zu verschrecken

Auch bei der Sprache will sich Russland aber jetzt also vom Westen entflechten. Präsident Wladimir Putin hat schon Anfang des Jahres ein Gesetz unterzeichnet, das im Amtsgebrauch ausländische Begriffe nur noch erlaubt, wenn es keine russische Alternative gibt, Internet etwa, oder Computer. Kritiker weisen allerdings darauf hin, dass eine Verbannung ausländischer Wörter internationale Touristen und Geschäftsleute verstören könnte, und zwar auch aus China, die meistens Englisch, aber selten Russisch sprechen.

Etwas überraschend hat gegen den eigenen Trend ausgerechnet die russische Duma Ende September bekanntgegeben, dass ihre Website jetzt auch auf Spanisch erscheine. Es sei die Muttersprache in 19 Ländern, und die meisten, so Duma-Chef Wjatscheslaw Wolodin, seien freundlich zu Russland. Nicht erfreut ist Russland dagegen über die Entwicklung in den Ländern Zentralasiens. Dort wird das Russische zurückgedrängt – durch Kasachisch etwa und Kirgisisch.

Quelle: <http://alles-schallundrauch.blogspot.com/2023/11/russland-die-russen-haben-es-begriffen.html#ixzz8lvPITMoy>

Russland – Die Russen haben es begriffen: Weg mit der Besatzersprache !

Donnerstag, 9. November 2023 , von Freeman-Fortsetzung um 07:58



Welchen Matsch sollen wir da austragen??

Bravo, die haben es begriffen ...

<https://www.tagesanzeiger.ch/sprache-in-russland-regierungspartei-will-englische-woerter-verbannen-143207701395>

Verbreitung des richtigen Friedenssymbols

**Es soll FRIEDEN sein auf Erden
And there shall be PEACE on Earth**

**AMANI
BARIŞ
PAQE
PACE
MIP
PAIX
PAZ**

**EIPHNH
VREDE
平和
שלום
शांति
سلام
صلح**

FIGU.ORG

FIGU, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti
Schweiz/Switzerland Tel. + 41 (0)52 385 13 10

Das falsche Friedenssymbol – die heute weltweit verbreitete sogenannte <Todesrunen>, die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Runen fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden, Fehden und Hass, Rache, Laster, Süchte und Hörigkeit, denn die <Todesrunen> bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben, wie aber auch Ambitionen in bezug auf Kriege, Terror, Zerstörungen vieler menschlicher Errungenschaften und allen notwendigen Lebensgrundlagen jeder Art und weltweit Unfrieden.

Es ist wirklich dringlichst notwendig, dass die <Todesrunen> als falsches Friedenssymbol, das Unfrieden und Unruhe schafft, völlig aus der Erdenwelt verschwindet und dadurch das uralte sowie richtige Peacesymbol auf der ganzen Erde verbreitet und weltbekanntgemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren, aufbauend wirken und sehr besänftigend und friedlich-positiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen, die effektiv Frieden, Freiheit und Harmonie vermitteln können!

Wir wenden uns deshalb an alle FIGU-Mitglieder, an alle FIGU-Interessengruppen, Studien- und Landesgruppen sowie an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der <Todesrune>, die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinnen und Trachten der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert.

Autokleber

Grössen der Kleber:

120x120 mm = CHF 3.–
250x250 mm = CHF 6.–
300x300 mm = CHF 12.–

Bestellen gegen Vorauszahlung:

FIGU
Hinterschmidrütli 1225
8495 Schmidrütli
Schweiz

E-Mail, WEB, Tel.:

info@figu.org
www.figu.org
Tel. 052 385 13 10
Fax 052 385 42 89

IMPRESSUM

FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: FIGU Wassermannzeit-Verlag,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrütli, Schweiz
Redaktion: BEAM «Billy» Eduard Albert Meier,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrütli, Schweiz
Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89
Wird auch im Internet veröffentlicht
Erscheint sporadisch auf der FIGU-Webseite

Postcheck-Konto: FIGU Freie Interessengemeinschaft,
8495 Schmidrütli, PC 80-13703-3
IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3
E-Brief: info@figu.org
Internetz: www.figu.org
FIGU-Shop: http://shop.figu.org



© FIGU 2023

Einige Rechte vorbehalten.

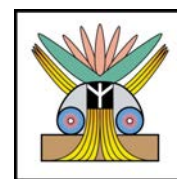
Dieses Werk ist, wo nicht anders

angegeben, lizenziert unter :

www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/



**Für CHF/EURO 10.– in einem Couvert senden
wir Dir/Ihnen 3 Stück farbige Friedenskleber
-----der Grösse 120x120 mm. = Am Auto aufkleben.**



Geisteslehre Friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden,
wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten
Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt
bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.
SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, «Freie Interessengemeinschaft Universell», Semjase-Silver-Star-Center,
Hinterschmidrütli 1225, 8495 Schmidrütli ZH, Schweiz